

Arbeitslosigkeit - Konjunkturstörung oder Strukturkrise?

Rudolf Henschel, geboren 1922, ist als Vorstandssekretär und Abteilungsleiter zuständig für die Abteilung Wirtschaftspolitik im DGB-Bundesvorstand.

Der bisherige Konjunkturaufschwung, der gemessen an den Zuwachsraten der Produktion seinen „Höchststand“ im vorigen Jahr erreichte, hat den erwarteten Abbau der Arbeitslosigkeit nicht bewirkt. Würde sich dieser Konjunkturzyklus an das bisherige Ablaufschema einer ein- bis zweijährigen Aufschwungphase und einer zwei- bis dreijährigen Abschwächungsperiode halten, so wäre auch für die nächsten zwei Jahre keine wirtschaftliche Belebung zu erwarten, die einen weiteren konjunkturellen Abbau der Arbeitslosigkeit bewirken könnte.

Tendenzen der langfristigen Wirtschaftsentwicklung

Wenn es auch keine starren Regeln konjunktureller Abläufe gibt, so ist dennoch beachtenswert, daß sich seit gut einem Jahr alle bisherigen Konjunkturprognosen hinterher als zu optimistisch herausstellten und nach unten korrigiert werden mußten. So schätzte man vor einem Jahr noch das diesjährige Wachstum auf 5 bis 6 Prozent. In diesem Frühjahr korrigierte die Mehrheit der Konjunkturprognostiker ihre Wachstumsschätzung auf 4 bis 5 Prozent, und heute kann rückblickend bestenfalls noch mit einem Wachstum von 2,5 bis 3 Prozent gerechnet werden. Die Schätzungen für das nächste Jahr liegen gegenwärtig noch zwischen 3,5 Prozent (Prognose des WSI) und rund 3 Prozent (Gemeinschaftsprognose der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute). Unter diesen Voraussetzungen wäre auch im nächsten Jahr -bei gleichbleibender Arbeitszeit- mit einer weiter ansteigenden Arbeitslosigkeit zu rechnen. Sicherlich wird jede künftige Entwicklung von unwägbareren Einflüssen mitbestimmt. Bemerkenswert ist aber, daß auch im internationalen Bereich keine Lichtpunkte erkennbar sind, die eine generell optimistischere Wirtschaftsentwicklung erwarten lassen. In den meisten Ländern hat die Arbeitslosigkeit etwa den gleichen Stand wie bei uns; in der Regel sind die Preissteigerungen aber noch sehr viel größer. Gerade der internationale Vergleich macht deutlich, daß die „Wachstumskrise“ der westlichen Industrieländer sehr viel allgemeiner ist und sehr viel tiefer greift, als dies gewöhnlich angenommen wird.

Diese „Krise“ ist keinesfalls dadurch gekennzeichnet, daß die Wirtschaft der Industrieländer stagniert oder die Produktionsziffern absinken. Dies trifft für einzelne

Branchen zu, ist aber als Einzelercheinung keineswegs neu. Im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft wuchs die Produktion im mehrjährigen Durchschnitt in allen westlichen Industriestaaten zwischen 2,5 und 5 Prozent pro Jahr. Diese „Krise“ ist also durch eine langfristig ansteigende Arbeitslosigkeit bei anhaltendem Wirtschaftswachstum gekennzeichnet. Wie groß die Wachstumsraten der Wirtschaftsproduktion auch immer sein mögen, es kommt stets dann zu einem Rückgang der Beschäftigung, wenn bei gleichbleibender Arbeitszeit die Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität größer sind. Andererseits nimmt die Arbeitslosigkeit auch zu, wenn bei sehr kleinen Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität das Wachstum der Güterproduktion noch geringer ausfällt. Nur das Verhältnis zwischen Produktionswachstum und Produktivitätsfortschritt ist entscheidend. Dabei kann die Differenz zwischen Produktionswachstum und Produktivitätssteigerung so groß sein wie sie will, es kommt zu keiner Arbeitslosigkeit, wenn zusätzlich zu der realen Kaufkraftsteigerung, die dem Produktionswachstum entspricht, eine Verkürzung der Arbeitszeit in Höhe der Differenz zwischen Produktionswachstum und Produktivitätssteigerung hinzukommt.

Beim internationalen Vergleich der wirtschaftlichen Entwicklung der einzelnen Länder fällt auf, daß Japan als das Land mit der langfristig absolut höchsten Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität (9 Prozent im Durchschnitt der 60er Jahre und über 6 Prozent in der ersten Hälfte der 70er Jahre) noch immer eine Zunahme der Beschäftigung aufweist, da in diesem Land die Zuwachsraten der Wirtschaftsproduktion noch größer ausfielen. Dagegen weist England als das Land mit der langfristig geringsten Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität (2 bis 3 Prozent im Durchschnitt der letzten drei Konjunkturzyklen) eine unverändert hohe Arbeitslosigkeit auf, da in diesem Land auch die Zuwachsraten der Wirtschaftsproduktion unterdurchschnittlich niedrig blieben. Trotz dieser Unterschiede in der langfristigen Wirtschaftsentwicklung ist für alle Industrieländer aber eine deutliche Abschwächung des Wirtschaftswachstums von der ersten Hälfte der 60er Jahre zur ersten Hälfte der 70er Jahre feststellbar. Gleichzeitig hat sich in den meisten Ländern auch die Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität zumindest vom Durchschnitt der zweiten Hälfte der 60er Jahre bis zur ersten Hälfte der 70er Jahre abgeschwächt. In aller Regel fiel diese Abschwächung aber geringer aus als diejenige im Bereich der Güterproduktion, so daß sich in allen Ländern der Mehrbedarf an Beschäftigung bzw. der Beschäftigungsbedarf selbst verminderte. Besonders deutlich ist diese Entwicklung in der Bundesrepublik zu verfolgen. Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität, gemessen an der Zuwachsrate des Inlandsprodukts je Erwerbstätigenstunde, verminderte sich in der Bundesrepublik von Anfang der 50er Jahre (Durchschnitt der Jahre 1950 bis 1954) bis Anfang der 70er Jahre (Durchschnitt der Jahre 1970 bis 1974) von 7,0 Prozent auf 4,1 Prozent. Die Abschwächung im letzten Jahrfünft war nach Zuwachsraten von 5,9 und 5,7 Prozent bzw. 5,4 Prozent in den vorangegangenen Fünfjahresperioden außergewöhnlich groß. Die Abschwächung von 5,4 auf 4,1 Pro-

zent dürfte dabei auf Sonderfaktoren zurückzuführen sein, zu denen vor allem der starke Rückgang der Kapazitätsauslastung im Gefolge der „Bremspolitik“ von 1973 bis 1974 gehört. Bereits 1976 stieg die Arbeitsproduktivität gegenüber dem Vorjahr wieder auf 5,6 Prozent. Allerdings dürfte dieser Zuwachs infolge der verbesserten Kapazitätsauslastung im Verlauf des Konjunkturaufschwungs dieses Jahres über dem langfristigen Durchschnitt liegen. Unter 5 bis 4,5 Prozent aber dürfte der jährliche Zuwachs der Stundenproduktivität im Durchschnitt unserer Wirtschaft kaum langfristig absinken.

Die Zuwachsraten der gesamtwirtschaftlichen Produktion, die an der Entwicklung des realen Bruttosozialprodukts gemessen werden, schwächten sich innerhalb der letzten 25 Jahre jedoch deutlich stärker ab als die Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität. In der ersten Hälfte der 50er Jahre übertraf die Steigerungsrate der Wirtschaftsproduktion mit durchschnittlich 8,7 Prozent (1950 bis 1954) pro Jahr noch die Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität, die in diesem Jahrzehnt 7,0 Prozent erreichte. In der zweiten Hälfte der 50er Jahre schwächte sich die durchschnittliche Wachstumsrate des Sozialprodukts auf 6,4 Prozent, die Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität auf 5,9 Prozent ab. Demgemäß stieg das Arbeitsvolumen aber in den 50er Jahren noch jährlich um 1,7 Prozent in der ersten Hälfte und noch um 0,4 Prozent in der zweiten Hälfte an. Schon Anfang der 60er Jahre aber unterschritt die durchschnittliche Steigerungsrate der gesamtwirtschaftlichen Produktion die Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität. Von 1960 bis 1964 lag die jährliche Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts mit 5,2 Prozent um 0,5 Prozent unter der Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität, die in diesem Jahrzehnt einen Durchschnitt von 5,7 Prozent erreichte. Von 1965 bis 1969 lag die jährliche Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts mit 4,2 Prozent sogar um 1,2 Prozent unter der Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität, die in dieser Zeit auf 5,4 Prozent absank. Von 1970 bis 1974 verminderte sich die Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts auf jährliche 3,6 Prozent und blieb damit wiederum um 0,5 Prozent hinter der durchschnittlichen Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität von 4,1 Prozent zurück.

Der Rückgang des Arbeitsvolumens blieb in den 60er Jahren wenig beachtet, weil in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts die Senkung der Arbeitszeit um 1,5 Prozent pro Mann und Jahr den Rückgang des Arbeitsvolumens mehr als ausglich, so daß „Heimkehrer“ und ausländische Arbeitnehmer zusätzlich in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden konnten. In der zweiten Hälfte der 60er Jahre wirkte sich der demographisch bedingte Rückgang der einheimischen Erwerbspersonen aus, so daß trotz des Rückgangs der Beschäftigung die Arbeitslosen im mehrjährigen Durchschnitt trotz der Krise von 1967 nicht wesentlich anstiegen. Erst nach 1970 führte der weitere Rückgang des Arbeitsvolumens bei verminderter Reduzierung der Arbeitszeit und einer nicht mehr rückläufigen Zahl der Erwerbspersonen zu einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosenquote.

Verlängert man die bisherigen Entwicklungstendenzen in die Zukunft, so ergibt sich bis zur Mitte der 80er Jahre bei einem gleichen Verhältnis zwischen Wirtschaftswachstum und Produktivitätssteigerung, wie es im Durchschnitt der letzten 15 Jahre bestand, ein weiterer Rückgang der Arbeitsplätze um 1 Million. Gleichzeitig werden in diesen Jahren mit der Umkehrung der demographischen Entwicklung 1 Million Arbeitnehmer zusätzlich Arbeitsplätze beanspruchen, die nicht durch den natürlichen Altersabgang frei werden. Hinzu kommt, daß nach dem letzten Konjunkturaufschwung vom Sommer vorigen Jahres immer noch 1 Million Arbeitslose „übriggeblieben sind. Die bloße Addition dieser Fakten ließe auf ein Arbeitslosenheer von rund 3 Millionen im Jahre 1985 schließen. Diese Entwicklung ist aber keineswegs zwangsläufig. Die genannten Zahlen machen nur deutlich, welche Gefahren uns im Verlauf der nächsten 8 Jahre drohen, wenn die bisherigen Entwicklungstendenzen keine Änderung erfahren.

Statistische Daten überzeugen nicht jedermann. Wer aber die Situation in den Betrieben kennt, wird zugeben, daß in der Mehrzahl aller Unternehmen die Produktionsentwicklung, gekennzeichnet durch die Nichtauslastung vorhandener Produktionskapazitäten, seit langem unterproportional verläuft, während Neuentwicklungen vor allem im Anwendungsbereich der Mikroprozessoren immer neue Rationalisierungsmöglichkeiten zur Einsparung menschlicher Arbeitskraft anbieten. Daß die Steigerung der Arbeitsproduktivität im Vollzug der Anwendung der gebotenen Rationalisierungsmöglichkeiten größer bleibt als die von der Nachfrage her gedämpfte Zuwachsrate der Produktion, ist heute im gesamten industriellen Sektor die Regel. Das Übergreifen der elektronischen Rationalisierungsmöglichkeiten auf die Verwaltungstätigkeit schränkt darüber hinaus die Beschäftigung auch in jenen Sektoren ein, in denen die Beschäftigungszunahme in früheren Jahren die industriellen Abgänge noch teilweise ausglich. Die statistisch erkennbaren langfristigen Entwicklungstendenzen werden somit durch die empirischen Erfahrungen in den Unternehmen bestätigt.

Wie der internationale Vergleich zeigt, bedingt aber auch eine hohe Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität keine Verminderung der Beschäftigung, solange Nachfrage und Produktion in gleicher Weise zunehmen. Unter der Voraussetzung einer gleichgewichtigen Nachfrage und Produktionssteigerung bedeutet Rationalisierung nicht Arbeitslosigkeit, sondern Steigerung des Güterkonsums und mit richtiger Strukturierung des Wirtschaftswachstums auch der Lebensqualität.

Erklärungen für die unterschiedliche Entwicklung von Gesamtnachfrage und Produktivität

Die entscheidende Frage lautet daher, warum die Steigerung der Gesamtnachfrage und die damit verbundene Erhöhung der Wirtschaftsproduktion hinter der Zuwachsrate der technologisch bedingten Produktivitätssteigerung zurückbleibt und

warum diese über 5 Konjunkturzyklen hinwegreichende Entwicklung gerade in der Bundesrepublik Deutschland so deutlich ausgeprägt ist. Als Antwort werden gegenwärtig vor allem vier sehr unterschiedliche Erklärungen angeboten.

Die einfachste Erklärung besteht in der Leugnung der aufgezeigten langfristigen Entwicklungsdifferenzen. Nach dieser Erklärung ist die seit 4 Jahren anhaltende Arbeitslosigkeit eine Folge des unzureichenden Konjunkturaufschwunges. Eine kräftige Konjunkturspritze würde danach die Arbeitslosigkeit überwinden. Nur die fälschliche Angst vor den preissteigernden Folgen einer solchen Ankurbelungspolitik hindert die Regierung am richtigen Handeln. Richtig ist sicherlich, daß der jüngste Konjunkturaufschwung ungewöhnlich schwach ausfiel und früher als erwartet umkippte. Der über fünf Konjunkturzyklen hinwegreichende und in fast gleicher Weise für alle anderen Industriestaaten geltende Trend einer gegenüber dem Produktivitätswachstum unterproportionalen Produktionssteigerung spricht aber gegen eine nur konjunkturelle Erklärung; ein kurzfristiger konjunktureller Stoß, der die strukturelle Krisenursache nicht beseitigt, dürfte mit großer Wahrscheinlichkeit noch tiefere Krisen in den Folgezeiten auslösen.

Die am häufigsten gehörte Erklärung, die gleichzeitig von den öffentlichen Medien am stärksten verbreitet wird, unterstellt, daß die Reallöhne in der Bundesrepublik zu stark gestiegen sind und demgemäß die Lohnquote am Sozialprodukt bzw. die Lohnkosten je Stückerinheit zu hoch wären. Umgekehrt wären nach dieser Erklärung die Gewinnmargen der Unternehmer zu niedrig, um das „Wagnis“ neuer Investitionen zu übernehmen. Die Arbeitslosigkeit wäre danach nur die Folge zu geringer Investitionen infolge zu niedriger Gewinne. Diese Auffassung wird theoretisch getragen von dem Glauben, daß eine länger anhaltende Arbeitslosigkeit in einem marktwirtschaftlichen System stets nur die Folge zu niedriger Gewinne sein kann, da ausreichend hohe Gewinne über hohe Investitionen sich selbst die notwendige Nachfrage schaffen. Diese Auffassung wird gestützt durch den statistischen Ausweis einer kontinuierlich steigenden Lohnquote und einer ebenso kontinuierlichen Senkung des Anteils der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Man muß aber entgegenhalten, daß diese statistische Verteilungsänderung einerseits durch den Konzentrationsprozeß, der die Zahl der Unternehmer und damit den aus Unternehmerrgewinnen zu finanzierenden privaten Konsum anteilig absinken ließ und andererseits durch den steigenden Anteil höher qualifizierter und entsprechend entlohnter Angestellter bedingt ist. Diese Feststellung einer Strukturbedingtheit der Verteilungsänderung wird durch die Tatsache erhärtet, daß trotz des Anstiegs der Lohnquote der Anteil des privaten Konsums seit 25 Jahren kontinuierlich von 61,0 Prozent (im Durchschnitt der Jahre 1950 bis 1954) bis auf 53,7 Prozent (im Durchschnitt der Jahre 1970 bis 1974) abgesunken ist. Andererseits ist in der gleichen Zeit trotz der statistischen Senkung der Gewinnmarge der Anteil der gesamtwirtschaftlichen Vermögensanlage, bezogen auf das Bruttosozialprodukt, von 24,3 Prozent auf 28,3 Prozent angestiegen (Summe aus Außenbeitrag, Bau- und Ausrüstungsinvesti-

tionen sowie Vorratshaltung). Dieser Anteil hat sich außerdem über die letzten drei Konjunkturzyklen hinweg auf einer durchschnittlichen Höhe von jeweils über 28,0 Prozent gehalten. Die tatsächliche Investitionsschwäche der Jahre 1974 und 1975 erfolgte im übrigen abweichend von der Zunahme der verfügbaren Finanzierungsmittel. Allein die „Eigenfinanzierungsmittel“ aus Abschreibung und Unternehmergewinn waren in dieser Zeit um ein Drittel größer als die privaten Investitionsaufwendungen. Gegen die These der überhöhten Lohnquote spricht ferner die Tatsache, daß diese, gemessen am Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Tätigkeit am Volkseinkommen, in der Bundesrepublik im unteren Mittelfeld des internationalen Vergleichs liegt. Außerdem war die langfristige Zunahme der Lohnquote in der Bundesrepublik geringer als in den meisten anderen Ländern. Die Ausnahmen, Großbritannien und USA, hatten dafür in der Ausgangsphase (1960 bis 1964) einen um 10 bis 12 Prozent höheren Lohnanteil. Gegen die These einer überhöhten Lohnquote spricht ferner auch der chronische Export- und Leistungsbilanzüberschuß der Bundesrepublik, der selbst unter der schon wieder chronisch gewordenen Aufwertungstendenz der D -Mark anhält. Ein solcher Überschuß spricht nicht für ein überhöhtes Lohnniveau in der Vergangenheit, und die durch Abwertung anderer Währungen uns aufgezwungene Aufwertung spricht ebenfalls nicht für eine überdurchschnittliche Steigerung in der Gegenwart.

Die wirtschaftsideologische Gegenerklärung geht davon aus, daß in einem kapitalistischen System die Lohnquote immer unterproportioniert und damit die Endnachfrage unterdimensioniert wäre. Diese These kann sich auf die Tatsache stützen, daß die bereinigte Lohnsumme (Lohn- und Gehaltssumme je Kopf der unselbständig Beschäftigten) in den letzten 25 Jahren deutlich weniger stark gestiegen ist als die bereinigte Gewinnsumme (Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen je Kopf der Selbständigen). Für diese These könnte auch angeführt werden, daß die Unterauslastung der Produktionskapazitäten auf eine allgemeine Unternachfrage zurückzuführen sei. Richtig ist allerdings, daß die „Bereinigung“ der Verteilungsaggregate durch bloße Berücksichtigung der sich ändernden Zahl der Arbeitnehmer und Selbständigen den Anstieg der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen überzeichnet und insoweit verfälscht, wie die Zahl der Selbständigen nicht mit den Empfängern von Gewinn- und Vermögenseinkommen identisch ist. Andererseits ist der stärkste Nachfrageausfall nicht im Bereich der von privaten Haushalten nachgefragten Konsumgüter, sondern im Investitionsgütersektor festzustellen. Außerdem hat auch die Sparquote aus Lohn- und Gehaltseinkommen nach allen verfügbaren Informationen schon vor dem „Krisensparen“ so zugenommen, daß in Verbindung mit dem veränderten Bedarf an hochwertigen „Gütern“ die Erhöhung der Masseneinkommen keine gleichgewichtige Zunahme der Massenkongüter erwarten ließ. Schließlich muß stutzig machen, daß die angeblich auf zu geringe Lohnsteigerungen zurückzuführende Arbeitslosigkeit gerade nach der erfolgreichsten Lohnsteigerungsphase der deutschen Nachkriegsentwicklung eingetreten

ist, in der fünf Jahre lang von 1970 bis 1975 die jährlichen Lohnsteigerungen die gleichzeitige Gewinnerhöhung deutlich übertrafen und den Lohnrückstand aus den Boomjahren 1968/69 statistisch ausglich. Selbst die nach fünf Jahren erstmals wieder überproportionale Gewinnsteigerung des Jahres 1976 ist bereits im folgenden Jahr (1977) von einer, gemessen an der Gewinnentwicklung, erneut überproportionalen Lohnsteigerung abgelöst worden. Dies beweist zwar keine Überhöhung der Löhne, spricht aber auch nicht für eine generelle Unterentwicklung.

Strukturänderungen als zentraler Faktor

Die letzte Erklärung kann demgemäß nur lauten, daß die Lohnpolitik der Gewerkschaften nicht so schlecht war, daß ein wachstumsstörender Lohnrückstand eingetreten ist, die gegebenen Machtverhältnisse aber auch keine Übersteigerung der Lohnentwicklung zugelassen haben. Die Einkommensverteilung ist an vielen Stellen und vor allem unter sozialen Gesichtspunkten verbesserungsbedürftig; sie scheidet aber als Erklärung für die langfristige Wachstumsschwäche aus. Damit bleiben als Erklärung für diese anhaltende Schwäche nur die vom Marktprozeß allein nicht mehr ausreichend bewältigten Strukturänderungen, die weit mehr betreffen als nur einzelne Änderungen des Produktionsspektrums. Die hier angesprochenen Strukturänderungen umfassen:

- die Änderung der Marktstruktur infolge zunehmender Konzentration und Vermachtung der Warenmärkte, die zu einer Verstärkung der Inflationstendenzen beiträgt;
- die Änderung der Preisstruktur auf dem Weltmarkt im Gefolge der sich anbahnenden oder vermuteten Rohstoff- und Energieknappheit;
- die Änderung der Nachfragestruktur infolge einer zunehmenden Sättigung auf Teilmärkten bei gleichzeitig unzureichender Bedarfsbefriedigung in anderen Bereichen;
- die Änderung der Ansprüche an das industrielle Wirtschaftswachstum in bezug auf Umweltschutz und Landschaftsgestaltung, die auch den „Freizeitwert“ einer industriell entwickelten Landschaft erhalten sollen;
- die Änderung der Standortvorteile für verschiedene Produktionen im Gefolge der wirtschaftlichen Entwicklung anderer Länder.

Diese Wachstumshemmnisse könnten durch eine Wirtschaftspolitik, die die strukturellen Probleme besser berücksichtigt, sicherlich gemildert werden. Eine solche Politik müßte auch beachten, daß eine nur globale Konjunktursteuerung langfristig, d. h. nach mehrfacher Wiederholung der konjunkturellen Wachstumsdämpfung und -förderung, letztlich nachfragehemmend und produktivitätssteigernd wirkt. Damit werden aber zugleich „selbstregulierende“ Funktionen des Marktes in ihrer Wir-

kung gemindert. Die praktischen Möglichkeiten einer solchen, die strukturellen Bedingungen besser beachtenden Politik, die an dieser Stelle nicht näher erläutert werden kann, dürften aber auch bei Ausschöpfung aller politischen Chancen nicht ausreichen, um das Wachstum unserer Wirtschaft in den nächsten Jahren so zu beschleunigen, daß sich Vollbeschäftigung von alleine einstellt. In gewisser Weise könnte man die Wachstumsverlangsamung auch als eine Normalisierung der überhöhten Wachstumsraten der ersten Nachkriegsjahrzehnte begreifen. Aber selbst ein verlangsamtes Wachstum um 3 Prozent bedeutet bei gleicher Reallohnsteigerung eine Verdoppelung des Lebensstandards innerhalb von 25 Jahren. Auch eine solche Wachstumsrate dürfte bei der Begrenzung der natürlichen Rohstoffe dieser Erde nicht unbegrenzt durchzuhalten sein. Aber eine solche Wachstumsrate ist sicherlich zu wenig, um bei Zuwachsraten der Produktivität zwischen 4 und 5 Prozent das Arbeitsvolumen in den entwickelten Industriestaaten zu stabilisieren. Andererseits gibt es zur Zeit keinerlei Anhaltspunkte dafür, daß irgendeine Wachstumspolitik selbst unter Verletzung der fundamentalsten Interessen der Bevölkerung in bezug auf humanere Arbeitsbedingungen und Umweltschutz von sich aus Vollbeschäftigung herbeiführen oder garantieren könnte.

Die angeführten fünf Wandlungsprozesse beeinflussen zweifelsfrei den Wachstumsprozeß in unterschiedlicher Weise. Die Vermachtungs- und Verknappungstendenzen wirken vor allem über ihre Preissteigerungseffekte, die ihrerseits wachstumsdämpfende Stabilitätsstrategien auslösen. Die umwelt- und landschaftsschützenden Einflußnahmen der Bürgerinitiativen verzögern zweifellos die staatliche Genehmigung neuer Investitionen und bewirken im Anfang eine gewisse Investitionslücke. Ist diese Phase verstärkter öffentlicher Einflußnahme auf die Investitionsplanung aber einmal durchlaufen, so muß dies nicht unbedingt zu einer Wachstumsbremse werden; u. U. könnte es die künftige Investitionstätigkeit langfristig sogar begünstigen.

Eine besondere Erläuterung erfordert aber die These von der teilweisen Marktsättigung bei teilweise ungesättigten Bedürfnissen. Dieser Widerspruch ist nur scheinbar, weil sich die gegensätzlichen Aussagen auf verschiedenartige Tatbestände beziehen. Marktsättigung heißt zum Beispiel keineswegs ein Ende jeder Nachfragesteigerung. Mit diesem Begriff soll lediglich der Tatbestand gekennzeichnet werden, daß sich die Nachfrage in einem zunehmenden Umfang auf Ersatzbedarf konzentriert, der nicht proportional zur Einkommensentwicklung ansteigt und höchstens durch modische Variationen etwas belebt werden kann. Die dadurch bedingte Verlangsamung des Produktionsanstiegs kann deshalb weder von einer überdurchschnittlichen Steigerung der Endnachfrage noch von einer überdurchschnittlichen Steigerung der Gewinnmargen oder durch Steuererleichterungen überwunden werden.

Andererseits bezieht sich die Feststellung noch unbefriedigter Bedürfnisse auf Bereiche, die von der klassischen Verteilungauseinandersetzung unberührt blie-

ben. Dazu gehört beispielsweise der Unterkonsum in allen Entwicklungsländern. Dazu gehören aber auch die ungenügenden Bildungs-, Pflege- und Fürsorgeleistungen für junge und alte Menschen in unserem Staat. Hinzu kommt, daß auch der private Bedarf an Marktgütern nicht nur von der Einkommenshöhe, sondern in entscheidendem Umfang von den jeweiligen sozialen Umständen bestimmt wird; jüngere Haushaltungen, die sich noch im Aufbau befinden, in denen Kinder versorgt oder ausgebildet werden müssen, werden auch bei höheren Einkommen eine geringere „Bedarfssättigung“ aufweisen als ältere Menschen selbst bei niedrigeren Einkommensbezügen. Unsere Sozialordnung läßt dieses Faktum aber weitgehend unberücksichtigt. Jede Korrektur dieser Unterversorgung erfordert aber Änderungen der gegenwärtigen Finanzierungsstrukturen, die letztlich in Form höherer Steuern von der Masse der Arbeitnehmer aufgebracht werden müssen. Der Widerstand gegen eine Erhöhung der Steuerbelastung aber ist auch wegen der praktisch nicht gegebenen Einflußnahme des einzelnen Steuerzahlers auf die Verwendung dieser Mittel so ausgeprägt, daß vorerst eine nachhaltige Korrektur der bestehenden Verhältnisse nicht erwartet werden kann. Insofern ist die bestehende Unterversorgung für eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums nicht nutzbar zu machen.

Auch eine sinnvolle Gestaltung der technischen Entwicklung, die nur noch Rationalisierungsmaßnahmen zuließe, die gleichzeitig eine Verbesserung und Humanisierung der Arbeitsbedingungen gewährleisten, wird die durchschnittliche Zunahme der Arbeitsproduktivität nicht auf das Maß herabdrücken, das durch die sich verlangsamende Zunahme der Güternachfrage gegeben ist. Es wäre auch verwunderlich, wenn ein Land, dessen Exportchancen vor allem davon abhängen, daß es auf dem Weltmarkt Güter anbietet, die den technischen Fortschritt und damit letztlich die Produktivität der Volkswirtschaft fördern, selbst von dieser Produktivitätsförderung unbeeinflusst bliebe. Es kommt hinzu, daß die Anwendung der gegebenen Rationalisierungsmöglichkeiten mit Steuergeldern zusätzlich subventioniert wird und keine Regierung auf absehbare Zeit diese Technologieförderung einstellen wird.

Zur Wiederherstellung und Sicherung der Vollbeschäftigung muß daher die langfristig verbleibende Differenz zwischen Produktionswachstum und Produktivitätssteigerung auch im Interesse der weiteren Erhöhung der Lebensqualität durch mehr Frei- und Bildungszeiten genutzt werden. Da diese Verkürzung der Arbeitszeit nicht ein einmaliger Vorgang ist, sondern sich kontinuierlich über die nächsten Jahre erstrecken muß, muß auch das gesamte Spektrum möglicher Arbeitszeitverkürzungen von der Verlängerung der schulischen Grundausbildung bis zur Herabsetzung des Rentenalters und von der Verlängerung der jährlichen Urlaubszeiten bis zur Verkürzung der Wochen- und Schichtarbeitszeit sowie der Einführung von Kurzpausen zur Verbesserung der Lebensqualität in Anspruch genommen werden.